



II-3042 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE**

4. Februar 1988

Zl. 70 0502/199-Pr.2/87

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

1354/AB  
1988 -02- 09

zu 1375/J

1017 Parlament  
W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Wabl und Kollegen vom 15.12.1987, Nr.1375/J, betreffend vielfältige Belastungen am Arbeitsplatz, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Das Umweltbundesamt befaßt sich in der derzeitigen Aufbauphase noch nicht mit Emissionen und Immissionen von nichtionisierenden elektromagnetischen Strahlen und Feldern.

Zu 2.:

Meiner Information nach werden im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien und im Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf entsprechende Messungen durchgeführt. Im übrigen ist das Bundeskanzleramt (Sektion Volksgesundheit) für Angelegenheiten des Strahlenschutzes und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Sicherheit am Arbeitsplatz zuständig.

Zu 3.:

In meinem Ressort bzw. im Umweltbundesamt gibt es derzeit kein derartiges Arbeitsprogramm.

Zu 4.:

Mangels personeller Kapazitäten auf diesem Gebiet gibt es auch keinen Tätigkeitsbericht.

- 2 -

Zu 5.:

Im Umweltbundesamt sind für dieses Fachgebiet derzeit keine Budgetmittel vorgesehen.

Zu 6.:

Im Umweltbundesamt sind für dieses Fachgebiet derzeit keine Planstellen besetzt.

Zu 7. und 8.:

Die Fragen können derzeit nur vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Arbeitnehmerschutz) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (elektro-technische Sicherheit) beantwortet werden.

Zu 9.:

Für das Umweltbundesamt waren im Stellenplan 1987 199 Planstellen vorgesehen. Vom Zeitpunkt der Gründung des Umweltbundesamtes mit 1. Mai 1985 bis zum Auslaufen des Budgetprovisoriums 1987 waren es 272 Planstellen. Im Stellenplan 1988 sind 193 Planstellen für das Umweltbundesamt enthalten. Mittelfristig strebe ich für das Umweltbundesamt 290 Planstellen an.

Zu 10.:

Das Umweltbundesamt hat seit seiner Gründung im Mai 1985 etwa 40 Studien und Gutachten fertiggestellt. Für die verschiedenen Umweltbereiche, oftmals auch medienübergreifend, wurden dem allmählich wachsenden Stand der Mitarbeiter und der apparativen Ausrüstung entsprechend unter anderem

- a) Umweltkontrollen vorgenommen,
- b) Grundlagen für behördliche Entscheidungen erstellt,
- c) Richtlinien zur Umweltüberwachung ausgearbeitet und Maßnahmen zur Vereinheitlichung von Messungen oder Erhebungen gesetzt,
- d) Grundlagen für legislative Maßnahmen erarbeitet,

- 3 -

- e) Fachwissen durch Information und Beratung (Gebietskörperschaften, Bürger und Betriebe) zur Verfügung gestellt,
- f) mit dem Aufbau eines umfassenden Umweltinformationssystems begonnen
- g) Schulungen von Umweltschutzpersonal durchgeführt.

Zu den Punkten a) bis c) liegen bereits zahlreiche Berichte und Publikationen des Amtes vor. Dazu gehören Berichte über Umweltkontrollen, wie z.B.

- \* Messungen der Immissionsituation in der Umgebung eines Ziegelwerkes bezüglich Fluorwasserstoff und Schwefeldioxid,
- \* Messungen der Immissionen von Schwefelkohlenstoff im Raum St. Pölten,
- \* Untersuchungen der großflächigen Ozonbelastung bei sommerlichen Inversionswetterlagen im Raum Wien - Krems,
- \* Messungen der Immissionsituation um das Aluminiumwerk der AMAG Ranshofen, Berechnungen der Ausbreitung der Luftschadstoffe (Fluorid, Schwefeldioxid),
- \* Ermittlung einer H<sub>2</sub>S-Quelle im Raum Linz,
- \* Überprüfung von Normalbenzin auf Blei und Benzol im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte, Normalbenzin, Superbenzin und Eurosuper aus allen Bundesländern auf ihren Gehalt an Blei, Benzol, Toluol und Xylol,
- \* Kontrolle der Umweltradioaktivität nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl,
- \* Untersuchung von Wasserproben auf ihren Radongehalt,
- \* Kontrolle der Flüsse Donau, March, Thaya, Drau auf deren Tritiumgehalt im Rahmen des österreichischen Überwachungsnetzes für Radioaktivität,

- \* Messung des Radium-Gehaltes österreichischer Mineralwässer in bezug auf die Einhaltung der Grenzwerte der geltenden Strahlenschutzverordnung,
- \* Feststellung von Altablagerungen im Marchfeld,
- \* Untersuchung von Nadeln und Boden im Raum Brixlegg auf Dioxinbelastungen,
- \* Feststellung des unterirdischen Weges der Verunreinigung des Grundwassers eines Trinkwasserpumpwerkes in Salzburg,
- \* Feststellung der Verunreinigung des Trinkwassers in einem Tiroler Karstgebiet durch eine wilde Deponie und
- \* Feststellung der Ursachen der Verunreinigung einer für die Trinkwasserversorgung bedeutenden Quelle im Pitztal.

Im Wege der Amtshilfe führte das Umweltbundesamt für Ämter der Landesregierungen Messungen, Erhebungen und Studien durch, u.a.:

- \* Erstellung eines Gutachtens über den Stand der Technik bei der Abwasser-  
vermeidung und Abwasserreinigung im Fall von Papier- und Zellstoff-  
fabriken, aufgrund eines Ersuchens des Amtes der Salzburger Landes-  
regierung im Hinblick auf die Sanierung der Halleiner Papier AG,
- \* Immissionsmessungen zum Zwecke der Beweissicherung im Zusammenhang mit  
dem Probetrieb eines kalorischen Kraftwerkes in der Steiermark,
- \* Kontrolle des Weges und Verbleibs von Niederschlagswässern im Untergrund  
bis zum Quellaustritt im Gebiet des Kaisergebirges in Tirol und
- \* Überprüfung des PCB-Gehaltes von Altölen für die Wiener Magistratsab-  
teilung 22.

Eine gemeinsam mit der Niederösterreichischen Agrarbezirksbehörde erstellte Studie "Neue Wege in der Flurbereinigung - aufgezeigt an dem Beispiel der

- 5 -

Gemeinde Schrick" - machte klar, wie ökologische Gesichtspunkte im Rahmen von Kommissierungsverfahren berücksichtigt werden sollten.

Die Auswirkungen des Unfalls in Tschernobyl wurden in dem Bericht "Tschernobyl und die Folgen für Österreich" umfassend dokumentiert. Die Studie stellt die resultierende Strahlenbelastung von Umwelt und Lebensmitteln sowie die Maßnahmen der Behörden dar. Wesentliche Voraussetzung für den Bericht waren die Ergebnisse der umfangreichen vom Umweltbundesamt durchgeführten Messungen.

Eine weitere Studie beschäftigt sich mit der Auswirkung der Reduktion des Phosphorgehaltes in Waschmitteln und der zukünftig zu erwartenden Entwicklung im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über die Umweltverträglichkeit von Waschmitteln.

Aus Anlaß der Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf führte das Umweltbundesamt Recherchen über die Auswirkung von Wiederaufbereitungsanlagen durch und erstellte Informationen über die möglichen Auswirkungen dieser grenznahen Anlage auf Österreich.

Im Rahmen von Spezialuntersuchungen über den Zustand des Waldes wurde

- \* in Salzburg gemeinsam mit der Landesregierung im Raum Bad Hofgastein eine Grundlage für ein Waldzustandsinventar aufgrund Farbinfrarotluftbildern geschaffen,
- \* gemeinsam mit dem Amt der Vorarlberger Landesregierung mit Falschfarben-Infrarotaufnahmen und begleitenden terrestrischen Untersuchungen eine Waldschadenserhebung vorgenommen und
- \* eine Untersuchung der Schädigung von Latschen im Untersuchungsgebiet durchgeführt.

Zu den wichtigsten Arbeiten des Arbeitsprogrammes 1988 zählen:

- \* Erstellung eines einfachen regionalisierten Emissionskatasters für Luftschadstoffe als Grundlage für innerösterreichische und internationale Planungen.

- \* Herstellung eines österreichischen Immissionsdatenverbundes, soweit dem Bund Daten zur Verfügung stehen.
- \* Erstellung fachlicher Grundlagen für die Emissionsbegrenzung in Industrie und Gewerbe.
- \* Beginn der Messung grenzüberschreitender Massenströme einzelner Luftschadstoffe bei Inversionswetterlagen.
- \* Unterstützung der Länder bei Vorerhebungen im Rahmen der Vollziehung des Smogalarmgesetzes.
- \* Erstellung eines Emissionskatasters für Verkehrslärm.
- \* Auswertung der Daten zur Lärmbelastung Österreichs.
- \* Entsprechend dem Auftrag des Koordinationskomitees für den Umweltschutz erstellt das Umweltbundesamt den naturwissenschaftlichen Teil eines Bodenschutzkonzeptes, das die Grundlage für legislative Maßnahmen darstellt. Die Studie, an der mehr als 100 Experten von Bund, Ländern und Universitäten mitarbeiten, wird im Frühsommer 1988 fertiggestellt werden.
- \* Einen Beitrag zur Erfassung der Belastung österreichischer Böden wird die Untersuchung von Pestizidrückständen in Bodenproben aus dem Marchfeld darstellen.
- \* Das Umweltbundesamt hat bereits an den vorangegangenen Energieberichten der Bundesregierung zu den Themen Emission aus Feuerungsanlagen, verkehrsbedingte Emissionen, etc. mitgearbeitet und wird auch zu dem 1988 zu erstellenden Bericht beitragen.
- \* Im Zusammenhang mit der geplanten Kapazitätserweiterung des Montanwerkes Brixlegg wird eine umfangreiche Studie über die Emissionen des Werkes und die Umweltbelastung der Umgebung erarbeitet.
- \* Zur Verwaltung und Analyse der Begleitscheine von überwachungsbedürftigen Sonderabfällen wird ein datenbankgestütztes System erstellt.
- \* Das Umweltbundesamt wurde mit der Fortschreibung des Sonderabfallbeseitigungskonzeptes beauftragt.

- 7 -

Über diese Arbeitsprogramme hinaus wird der Aufbau des Umweltinformationssystems weitergeführt.

Der wachsenden Laborkapazität des Amtes entsprechend, werden die Umweltkontrollmessungen in allen Umweltmedien intensiviert werden.

Ebenso ist abzusehen, daß im Rahmen der Amtshilfe Sachverständigentätigkeit und Umweltverträglichkeitsprüfungen im verstärkten Maß durchzuführen sein werden.

Schließlich wird das Amt auch im Rahmen internationaler Programme verstärkt tätig sein. So hat das Umweltbundesamt die Koordination einer ECE-Arbeitsgruppe zur Frage der Verwertung von Produkten der Rauchgasreinigung übertragen bekommen. Das Umweltbundesamt organisiert die Durchführung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Im Rahmen von Langzeitprogrammen der ECE (EMEP) und der OECD (Oxidationsprogramm) werden weiterhin vom Umweltbundesamt Immissionsmessungen durchgeführt. Das Umweltbundesamt ist auch nationaler Ansprechpartner im Rahmen des internationalen Infoterra-Informationssystems.

Zu 11.:

Das Umweltbundesamt ist mit Fragen der Emission, Immission und Transmission von gasförmigen Luftschadstoffen, Aerosolen, Staub, etc. befaßt. Weiters werden am Umweltbundesamt Spezialuntersuchungen im Bereich der Deposition luftfremder Stoffe vorgenommen.

Das Umweltbundesamt führt einerseits eigene Luftgüteuntersuchungen durch und wertet andererseits Meßergebnisse aus laufenden Luftanalysen anderer Stellen (on- bzw. off-line) aus.

Alle Meßergebnisse werden, soweit sie an das Umweltbundesamt gelangen, in einer Luftgüte-Meßdatenbank EDV-mäßig im Rahmen des Umweltinformationssystems des Amtes abgespeichert.

Die Luftgütemessungen des Umweltbundesamtes gliedern sich wie folgt:

**\* Messungen der Hintergrundbelastung**

- Station Exelberg (Messung der Vorbelastung für den Raum Wien), on-line.
- Station Sonnblick (Messung internationaler, großräumiger Schadstofftransporte).

**\* Messungen zur Festlegung und Abgrenzung von Smoggebieten in Österreich**

Die Vorerhebungen der Länder im Rahmen der Vollziehung des Smogalarmgesetzes werden durch ergänzende Messungen unterstützt.

- Station Linz (Leonding). Diese Meßstation befindet sich in einem Container des Umweltbundesamtes; sie wird off-line, jedoch EDV-geschützt betrieben.
- Station Raum Köflach (Steiermark). Die Aufstellung dieser Station ist gegenwärtig in Durchführung, sie wird off-line und EDV-geschützt betrieben.

Weiters zwei Meßstellen des Umweltbundesamtes werden in Kürze zur oben genannten Aufgabenstellung im Raum Villach und im Raum Innsbruck-Hall in Betrieb genommen.

**\* Depositionsmessungen**

- Exelberg  
An der Meßstelle Exelberg werden in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien detaillierte Untersuchungen der nassen und trockenen Deposition laufend vorgenommen.



- 9 -

**- Meßstelle Illmitz**

im Rahmen dieser Meßstelle werden ebenfalls Depositionsmessungen vorgenommen (siehe auch ECE-Projekt).

**\* Luftgüteuntersuchung im Rahmen eines internationalen Arbeitsprogrammes (ECE)**

In Illmitz (Burgenland) werden Luftschadstoffe sowie die Deposition luftfremder Schadstoffe im Rahmen eines europäischen Überwachungsprogrammes der ECE vorgenommen. Das Umweltbundesamt erhält im Rahmen dieses Arbeitsprogrammes auch Ergebnisse von Luftgüteuntersuchungen aus ganz Europa. Dieses Arbeitsprogramm dient vor allem der Klärung des großräumigen Schadstofftransportes in Europa.

**\* Mobile Messungen**

Mit Hilfe zweier speziell eingerichteter Meßbusse werden im Rahmen konkreter Arbeitsprogramme Untersuchungen der Immission, Transmission und insbesondere der räumlichen Verteilung von Luftschadstoffen vorgenommen.

Erste Programme des Umweltbundesamtes wurden in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark durchgeführt. Im Februar 1988 sind Untersuchungen im Klagenfurter Becken vorgesehen.

**\* Forstliche Meßstellen**

Im Zuge der forstlich orientierten Luftschadstoffanalyse wird seit ca. zwei Jahren eine "Wald-Meßstation" am Reiterberg in der Steiermark betrieben. Diese Meßstelle wurde als Amtshilfe für das Amt der Steiermärkischen Landesregierung eingerichtet.

### \* Flugzeugmessungen

Erste Untersuchungen der großräumigen Ozonbelastung in Ballungsgebieten wurden durch das Umweltbundesamt mit Hilfe von Flugzeugmessungen im Großraum Wien bzw. Linz im Sommer 1987 vorgenommen. Dabei wurden Analysegeräte "labormäßig" in einem zweimotorigen gemieteten Flugzeug eingesetzt.

Aufgrund der Ergebnisse der Messungen soll dieses Arbeitsprogramm im laufenden Jahr fortgeführt und ausgeweitet werden.

Vom Umweltbundesamt werden weiters kurzfristig und vorübergehend Messungen bei dringendem Bedarf bzw. im Rahmen von Einzelprojekten und methodischen Studien durchgeführt.

Die Meßgeräte, die von den Bundesländern oder Magistraten in Österreich betrieben werden, werden auf Ersuchen durch das Umweltbundesamt kalibriert, um die Vergleichbarkeit bei der Messung von Luftschadstoffen in Österreich zu gewährleisten.

Die noch erforderliche Ausweitung der Meß- und Kontrolltätigkeit des Umweltbundesamtes wird von der personellen Weiterentwicklung des Umweltbundesamtes abhängig sein.

#### Zu 2.:

Das Umweltbundesamt hat damit begonnen, verschiedene organische, zum Teil persistente Verbindungen in österreichischen Fließgewässern zu erfassen. Zu diesen Stoffen zählen halogenierte und aromatische Kohlenwasserstoffe sowie Phosphatersatzstoffe aus Waschmitteln (NTA, EDTA).

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse von konventionellen organischen Parametern (BSB<sub>5</sub>, CSB, etc.) zu neuen Summenparametern (AOX, POX) erweitern die Kenntnisse des qualitativen Zustandes der Oberflächengewässer und der Grundwässer. Neben den organischen Schadstoffen stellen die Schwermetalle einen bedeutenden Belastungsfaktor in Grund- und Oberflächengewässern dar, weshalb das Umweltbundesamt auch die Gewässer- und Sedimentbelastung durch Schwermetalle erhebt.

Als Pilotstudie für die Beeinträchtigung von Oberflächengewässern mit papier- und zellstoffindustriespezifischen Verbindungen (chlorierte Kohlen-

- 11 -

wasserstoffe, Chlorphenole, NTA, Ligninsulfonsäuren) und deren Verhalten im Gewässer ist die Salzachuntersuchung unterhalb von Hallein anzusehen.

Der Bedeutung des Grundwassers für die Trinkwasserversorgung und als Ressource Rechnung tragend, führt das Umweltbundesamt Untersuchungen z.B. auf Nitrat und Pestizide durch. Darüber hinaus wird auch als Auswirkung anthropogener Aktivitäten der Chloranteil kontrolliert, da der Verdacht einer ständig steigenden Chloridkonzentration des Grundwassers besteht. Diese Untersuchungen wurden zunächst in kleinräumigen Gebieten begonnen und sollen auf vor allem landwirtschaftlich intensiv genutzten Tal- und Beckenlagen erweitert werden.

Zum Schutz für die bestehende und künftige Trinkwasserversorgung werden Grundwässer in österreichischen Karstgebieten, die wegen des Fehlens der schützenden Deckschichten besonders gefährdend sind, im Hinblick auf ihr Einzugsgebiet und ihre qualitative Beeinträchtigung mit dem Ziel untersucht, Schutz- und Schongebietsverordnungen zu erlassen.

Die Beeinträchtigung von Karstquellen durch Tourismus und Gletscherschilaufr wird derzeit im Dachsteinmassiv überprüft.

Zu 13.:

Das Umweltbundesamt führt derzeit keine Messungen von Formaldehyd in der Raumluft von Arbeits- und Wohnräumen durch.

Die Überwachung der Maximalen Arbeitsplatzkonzentration (MAK) für Formaldehyd für Arbeitsplätze in Innenräumen von 1 ppm (1,2 mg/m<sup>3</sup>) ist Aufgabe der Arbeitsinspektorate.

